

Der Fremdeitskämpfer

ORGAN DER KÄMPFER
FÜR ÖSTERREICHS FREIHEIT

Nr. 1

Jänner/Februar 1969

Preis S. 3.-

FRANZ KITTEL

Optimistische Perspektiven

Das heutige Jahr bringt den politischen Parteien drei große Kraftproben. Die Landtage in Wien, Niederösterreich und Salzburg werden im Jahre 1969 neu gewählt. Mit Recht sagte Vizekanzler Doktor Wirthalm, daß die Österreichische Volkspartei im Frühjahr 1968 ihr politisches Wellental erreicht hat und nunmehr wieder den Wellenberg hochsteigt. Die Regierungspolitik der vorangegangenen Jahre, die sich bei den Landtagswahlen in der Steiermark und im Burgenland für die Österreichische Volkspartei noch nicht günstig ausgewirkt hat, beginnt nun ihre Früchte zu tragen und positiv die Landtagswahlen in Wien, Niederösterreich und Salzburg zu beeinflussen. Darin ist aber eine gute Ausgangsbasis für die Nationalratswahlen 1970 zu sehen, denn man kann damit rechnen, daß die österreichische Bevölkerung nunmehr die Tätigkeit der Österreichischen Volkspartei in der Bundesregierung mit ihren Stimmen honorieren wird.

So gehen wir optimistisch in das Jahr 1969. Weltpolitisch sah es wohl um die Jahreswende nicht gerade rosig aus. Gerade zu Silvester erreichten uns die Mitteilungen über die Ereignisse im Libanon und in Israel. Gerade jetzt scheint der Nahe Osten in Bewegung gekommen zu sein, und es ist zu erwarten, daß unter Umständen sehr harte Schläge seitens der arabischen Länder folgen werden. Trotzdem zeichnet sich am Horizont doch ein



Die Mahnung des Februar 1934

In Kürze jährt sich zum 35sten Mal der Tag, an dem Österreicher einander auf Barrikaden gegenüberstanden. Die einen meinten, sie müßten die Heimat schützen, die anderen glaubten, die Republik sei in Gefahr. Eines sei gleich vorweg klargestellt: Auf beiden Seiten standen die besten Söhne der Nation. Bisher wurden über die traurigen Ereignisse des Februar 1934 sowohl von der einen wie auch von der anderen Seite Bücher geschrieben, und nicht immer wurde versucht, der Wahrheit gerecht zu werden. Es soll nicht Aufgabe dieser wenigen Zeilen sein, diese Ereignisse nunmehr anläßlich ihres Jahrestages nochmals zu schildern. Aber wir wollen an die Werte erinnern, die der uns allen unvergessliche Leopold Kunschak am 9. Februar 1934 im Wiener Gemeinderat sprach: „Es wird immer, solange es Menschen gibt, differente Anschauungen geben. Gebe Gott, daß sich die Zerrissenheit des Geistes und der Seele von unserem Volk und seinen Führern bald hebe, ehe Volk und Land an Gräbern steht und weint.“

Für die Generation der dreißiger Jahre, die das Steuer der Politik nun in die Hände der Jüngeren legt, wäre es die schönste politische Aufgabe, die sie erfüllen könnten, der Jugend und den kommenden Generationen vor Augen zu führen, wohn politischer Haß und Fanatismus führen können, damit niemals wieder nach Waffen gegriffen werde, sondern damit die kommenden Generationen, die die Verantwortung tragen werden, stets gemeinsam, über alle Parteien hinweg, im Geiste Julius Raabs die rot-weißrote Fahne hochhalten.

Hans Leinkauf

(Fortsetzung auf Seite 2)

Optimistische Perspektiven

(Fortsetzung von Seite 1)

Silberstreifen ab. Man hört von Kontakten zwischen der Sowjetunion und den USA. Frankreich ist bereit, zu einer Vier-Mächte-Konferenz zusammenzutreten, um die Fragen im Nahen Osten einer friedlichen Lösung zuzuführen. Auch der HL Vater hat sich eingeschaltet und eine Empfehlung zu einer friedlichen Lösung ausgesprochen. Wir wissen, daß die Sowjetunion einer solchen Vier-Mächte-Konferenz nicht abgeneigt gegenübersteht. Dies alles sind sehr positive Vorzeichen für eine friedliche Entwicklung im Jahre 1969.

Sollte es dazu kommen, daß man sich in Paris über die Verhandlungstätigkeit in der Vietnam-Frage klar wird und es hier zu einer Lösung des Vietnam-Konfliktes kommt, sollte namentlich Richard Nixon doch eine sehr vorsichtige Friedenspolitik der USA einleiten, dann kann man für 1969 positiv in die Zukunft schauen.

In Österreich selbst wird das soziale Klima anhalten, die wirtschaftliche Entwicklung wird sich noch mehr verbessern und damit eine gewisse Befriedigung und Beruhigung in der Bevölkerung herbeiführen. Dies alles zusammengenommen, sind erfreuliche Aspekte für die Zukunft, die uns Gewähr geben, daß wir besseren und noch schöneren Tagen entgegengehen.

Nicht zuletzt soll auch darauf hingewiesen werden, daß wir als ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten vom Jahre 1969 die Verabschiedung der 26. Novelle zum Opferfürsorgegesetz erwarten. Schon vor vielen Jahren hat anlässlich einer Parlamentsdebatte über eine Novelle zum ÖFG der damalige Bundesobmann der ÖVP-Kameradschaft, unser unvergesslicher Hofrat Anton Frisch, erklärt, das Opferfürsorgegesetz sei nun geschaffen, was namentlich in Novellen geschehe, seien nur mehr Fassadenänderungen. Nun, wir müssen feststellen, daß solche Fassadenänderungen immer wieder notwendig sind und gemacht werden müssen. Das Leben geht weiter, und es müssen sich auch Gesetze dem Leben anpassen. Wir hoffen daher, daß die 26. Novelle, in der man sich wieder bemüht, manche Härten des Opferfürsorgegesetzes zu beseitigen, in diesem Jahr das Parlament passieren und baldigst in Kraft treten wird. Damit werden auch die Wünsche der politisch Verfolgten im Jahre 1969 weitgehend erfüllt.

Die politisch Verfolgten wissen, was die Gründerin dieses Staates, der

Österreichischen Volkspartei, schuldig sind. Wir alle wissen, daß dieses neue Österreich, das unabhängige, freie und selbstbewußte Österreich, die österreichische Nation, von den Arbeitern und Bauern, von den Freischaffenden und den Unternehmern dieses Landes begründet wurde, die sich seinerzeit im Jahre 1945 in einer Koalition der Österreichischen

Volkspartei und der Sozialistischen Partei gefunden haben. Wir haben Verständnis für die 26 Jahre Koalition, wir wissen aber auch, daß es nunmehr möglich war, durch einen eindeutigen Entscheid des österreichischen Volkes zugunsten der Österreichischen Volkspartei im Zusammenwirken mit der sozialistischen Opposition Positives für das österreichische Vaterland zu erreichen. Die österreichische Nation wird es der Österreichischen Volkspartei im Frühjahr 1970 zu danken wissen!

Bereit zu sterben . . .

Der Opfertod des tschechoslowakischen Studenten Jan Palach veranlaßte auch den Vatikan zu ehrenden Worten. Obwohl der Mensch nach göttlichem Gesetz nicht das Recht hat, selbst über sein Leben zu verfügen, wurde in einem Kommentar aus dem Vatikan festgestellt: „Es gibt höhere Werte als das Leben, es gibt Werte, für die man sterben kann und, wenn nötig, auch sterben muß“. Die Freiheitskämpfer wissen um diesen Grundsatz. Sie selbst haben um solcher höheren Werte ungezählte Blutopfer gebracht. Der Opfertod Jan Palachs ist freilich von anderer Art: die ohne äußeren Druck und ohne fremde Gewaltanwendung durch eigene Hand vollzogene Vernichtung des eigenen Lebens, um in einer Situation äußerster Not ein Faisl für die Menschheit zu setzen, gehörte bisher nicht zum europäischen Bild politischer Haltung. Sie wurde trotzdem — allerdings mit erheblichen Einschränkungen — von der Kirche und von der Wissenschaft anerkannt und gewürdigt. In der Stellungnahme des Vatikans hieß es, man müsse freilich darauf verzichten, daß das Leben als Geschenk Gottes ein Gut sei, über das der Mensch nicht frei verfügen darf; dennoch sei der Ehrenerweis vor dieser Jugend eine Pflicht.

Auch die Wissenschaft anerkennt, daß es einen echten Opfersebstmord geben kann. So erklärte Prof. Ringel von der Psychiatrisch-Neurologischen Universitätsklinik in Wien, es sei möglich, daß der Mensch ohne psychopathologische Gründe, einzig und allein aus einer Idee willen, den Tod auf sich nimmt. Ein echter Opfersebstmord in diesem Sinn sei aber außerordentlich selten. Prof. Ringel erkannte dem Selbstmord Jan Palachs den Rang eines solchen Opfersebstmords zu. Ein wesentlicher Unterschied dieses Opfertods zum Blutopfer der KZ-Häftlinge ist der, daß der Opfersebstmord auf eine sofortige Wirkung hin berechnet ist, wobei diese Wirkung durch die öffentliche Berichterstattung eintritt. Es handelt sich also um eine aktuelle Protestaktion durch Opferung des eigenen Lebens, um ein Opfer also, dessen Sinn und Berechtigung sofort und allgemein erkannt werden soll, während die Blutopfer des nationalsozialistischen Gewaltregimes ihr Opfer im stillen bringen mußten und auf die innere Anteilnahme von Millionen Mitmenschen verzichten mußten.

Diese Überlegungen sollen nicht als ein „Vergleich“ zwischen dem inneren Gehalt oder etwa gar zwischen dem Wert dieser oder jener Opfer aufgefaßt werden. Jeder Tod wiegt gleich schwer, und auch wir können dieser Jugend den Ehrenerweis nicht verweigern. Trotzdem glauben wir, daß genug Opfer gebracht worden sind und es, um mit der tschechoslowakischen Führung zu sprechen, nun notwendig ist, zu leben und nicht zu sterben, um die vor uns liegenden Probleme zu lösen. Die Kraft, zu leben und beherrschend an einer besseren Welt zu arbeiten, ist sicher nicht geringer zu schätzen als jene Kraft, die ein Jan Palach für seinen Opfersebstmord aufbringen mußte.

WIEDERGUTMACHTUNG

Der Fall Gerstenmaier

VON LABG. HANS LEINKAUF

Ein wohl einzigartig dastehender Fall: Der deutsche Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier ist zurückgetreten, nachdem er in der Öffentlichkeit wegen einer Entschädigungszahlung auf Grund politischer Verfolgung kritisiert worden war. Damit ist die politische Karriere eines Mannes zu Ende, der in der Bundesrepublik das zweithöchste Amt im Staat innehatte und dessen Name auch in Österreich gut bekannt war. Der auslösende Faktor war eine finanzielle Entschädigung wegen politischer Verfolgung! Das ist Grund genug, den Fall Gerstenmaier auch vom Standpunkt der politischen Verfolgten aus zu beleuchten.

Der Stein des Anstoßes, der auch in den österreichischen Tageszeitungen in allen Details dargestellt wurde: eine Summe von über 280.000 DM, die Eugen Gerstenmaier als Entschädigung dafür zugesprochen bekommen hatte, daß er im NS-Regime wegen seiner antinazistischen Haltung eine Professur nicht erhielt, und weiter das Anrecht auf eine Pension von rund 2600 DM aus demselben Titel.

Gerstenmaier rechtfertigte sich damit, daß es ihm nicht um die finanziellen Mittel gegangen sei, sondern vorwiegend um die mit der Zuerkennung einer Entschädigung verbundene Anerkennung der Tatsache, daß er einer politischen Verfolgung ausgesetzt war. Die Zuerkennung des Professorentitels habe für ihn als effektive Entschädigung ausgereicht, er habe daher auch die ihm zugesprochenen Mittel nicht behalten, sondern verteilt.

Die Vorwürfe gegen Gerstenmaier lauten: Gerstenmaier habe die Entschädigung erst auf Grund einer Gesetzesnovelle zu den Entschädigungsgesetzen bekommen und sei selbst der erste Antragsteller nach dem Inkrafttreten dieser Novelle gewesen, so daß der Eindruck entstehen mußte, diese Gesetzesnovelle sei auf die Person Gerstenmaiers zugeschnitten gewesen, es habe sich hier um eine „lex Gerstenmaier“ gehandelt. Die Flüssigmachung der Entschädigungszahlung sei außerordentlich prompt erfolgt, sie sei von den Anwälten Gerstenmaiers intensiv betrieben worden, was dann auch binnen kürzester Zeit zu einer Vorschußzahlung von 150.000 DM geführt habe.

Die Angriffe gegen Gerstenmaier wegen dieser Entschädigung — es wurde ihm nachgerechnet, daß er über 100 Jahre in politischer Haft hätte sitzen müssen, wenn die Summe von über 280.000 DM

auf Grund der normalen Entschädigungsätze zustande gekommen wäre — wurde vor allem von zwei Brennpunkten der deutschen Publizistik aus vorgetragen: vom „Spiegel“ des Herrn Augstein und vom „Stern“ des Herrn Henri Nannen. Diese eröffneten die Kampagne gegen den deutschen Bundestagspräsidenten, die dann zu einer heftigen Diskussion in der ganzen deutschen Öffentlichkeit führte.

Es gab in dieser Diskussion Argumente für und wider Gerstenmaier. Wenn auch die Kontra-Stimmen bei weitem überwiegen, so stand doch eines ausnahmslos außer Streit: daß am Verhalten Gerstenmaiers und an den Vorgängen um die Entschädigungszahlung nichts zu finden ist, das gegen Recht und Gesetz verstößt. Präsident Gerstenmaier hat sich diese Entschädigungszahlung nicht erschlichen, er kann durchaus zu Recht persönliche Nachteile auf Grund seiner politischen Haltung in der NS-Zeit geltend machen, und es ist auch die gesetzliche Grundlage für die Entschädigung sowie die amtliche Prozedur der Auszahlung durchaus einwandfrei. Niemand konnte Gerstenmaier

unkorrektes Verhalten vorwerfen. Auch die CDU, die Partei Gerstenmaiers, gab eine Ehrenerklärung in diesem Sinne ab. Trotzdem endete die Diskussion um den Fall Gerstenmaier damit, daß der Bundestagspräsident seinen Rücktritt bekanntgab.

Dieser Fall Gerstenmaier wurde im Lauf seines Entstehens ein außerordentlich vielschichtiges Gebilde. Man versuchte sogar, den Sturz vom zweithöchsten Amt in der Bundesrepublik als eine Art gerechte Strafe dafür hinzustellen, daß Gerstenmaier ein erklärter Befürworter einer großen Koalition in der Bonner Bundesregierung war, und es ist nicht schwer, zu erraten, daß derartige Kombinationen nur den Gehirnen ziemlich weit rechts stehender Gegner eines Zusammenarbeits der großen politischen Parteien entgegenkommen können.

Verteidiger Gerstenmaiers hingegen wiesen die — in diesen Dingen oft recht kurzsichtige und vergessliche — Öffentlichkeit darauf hin, daß die Herren Augstein und Henri Nannen ein Vielfaches von dem, was Eugen Gerstenmaier als Entschädigung zugesprochen erhielt, alljährlich verdienen, und daß sie es damit verdienen, die Leser ihrer Zeitchriften auf die diversen Bezüge dieser oder jener Politiker neidisch zu machen.

Was immer an Überlegungen und Kombinationen um den Fall Gerstenmaier angestellt werden kann und welche Kräfte und Motive immer diesen Fall entstehen ließen und Gerstenmaier zu seinem Rücktritt trieben — im Grunde geht es hier einfach um die Grenzen, die dem Politiker gezogen sind und die er nicht überschreiten darf, wenn er nicht scheitern will.

Es sind nicht zuletzt die politische Verfolgten selbst, die daran interessiert sind, daß in der Praxis der Wiedergutmachung politischer Verfolgung nicht nur dem Buchstaben der Gesetze, sondern auch den moralischen Grundsätzen und den Geboten der Vernunft nach Sauberkeit und einwandfreie Verhältnisse herrschen. Dazu gehört es auch, daß Personen, die im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen und einflußreiche Ämter innehaben, peinlich auch den bloßen Anschein vermeiden, als würden sie ihr Amt und ihren Einfluß dazu benutzen, daß ihre durchaus legitimen Ansprüche bevorzugt behandelt werden oder daß sie sich gar eine Ausnahmestellung und Sonderrechte verschaffen. Es geht hier oft gar nicht dar-

Dokumentation in Simmering

Im Heimatmuseum des 11. Wiener Gemeindebezirkes ist bis Mitte Mai eine Ausstellung über den Anteil Simmerings am Freiheitskampf zu sehen. Aus dieser Dokumentation geht hervor, daß insgesamt 35 Männer und Frauen aus dem Bezirk Simmering von den NS-Behörden ermordet wurden. Die vom Archiv der Heimatmuseums, Eckenberger, gestaltete Ausstellung war bereits im Jahr 1967 zu sehen gewesen und wurde nunmehr erweitert. Damals wurde die Ausstellung von rund 2000 Menschen besucht. Sie zeigt auch den Widerstand gegen die Nazi-Partei noch aus der Zeit vor der „Machtergreifung“. Da die Gemeinderatswahlen vor 1934 der Nazi-Partei nur eine verschwindende Minderheit an Stimmen brachte, versuchten die Nationalsozialisten ihren Einfluß durch Gewalt- und Terroraktionen zu erweitern. Der Widerstand dagegen kam vor allem aus den Simmeringer Betrieben. Versuche der Nationalsozialisten, sich nach 1934 an die illegalen marxistischen Kampfgruppen anzuhängen, wurden von diesen abgewiesen.

um, ob tatsächlich solche Sonderrechte vorliegen, es geht dabei oft nur um Tatbestände, die einen solchen Anschein erwecken. Wobei im konkreten Fall sogar ausgesprochen werden muß, daß es eine recht zweifelhafte Methode ist, Wiedergutmachungssummen nicht auf Grund von Schädigungen zu errechnen, die tatsächlich erlitten wurden — wie etwa bei einem Professor, der von seiner Lehrkanzel entfernt wurde —, sondern die erst voraussichtlich eingetreten wären — wie im Fall Gerstenmaier, der die erstrebte Professur ja noch nicht hatte, sondern erst bekommen wollte. Während bei tatsächlich erlittenen Schädigungen objektive Maßstäbe für eine Wiedergutmachung vorliegen, ist das bei angenommenen Schädigungen auf Grund der Nichterfüllung beruflicher Wünsche infolge der politischen Verhältnisse eben nicht der Fall.

Eagen Gerstenmaier könnte offensichtlich den Eindruck nicht entkräften, eine Sonderbehandlung seiner Wiedergut-

machungsansprüche — wenn auch auf Grund eines eigenen Gesetzes — akzeptiert zu haben. Er hat daraus die Konsequenzen gezogen und hat seinen Rücktritt erklärt. Das ist insofern bedauerlich, als damit ein um die Wiedererrichtung der Demokratie in der Bundesrepublik verdienster Politiker, dessen untadelige Haltung unter dem NS-Regime unbestritten ist, seine Karriere vorzeitig beenden mußte. Immerhin hat der Entschluß zum Rücktritt Gerstenmaier wieder viele Sympathien zurückgewonnen.

Der Fall Gerstenmaier muß aber auch als Mahnung dienen, in der Praxis der politischen Wiedergutmachung nicht nur bei der rechtlichen, sondern auch bei der moralischen Fundierung der Wiedergutmachungsforderungen einen strengen Maßstab an sich selbst und an andere anzulegen, damit das Prinzip der Wiedergutmachung in der ohnehin kritischen und leicht beeinflussbaren Öffentlichkeit nicht diskreditiert wird.

Offener Brief an Rudolf Bing

Leinkauf: Revidieren Sie Ihre Meinung über Österreich!

Vor kurzem gingen Meldungen durch die Presse, denen zufolge der Direktor der Metropolitan Opera New York, Rudolf Bing, ein gebürtiger Österreicher, wegen des angeblich zu milden Urteils im Porzscharte-Prozess geäußert habe, er ziehe seine Mitwirkung an einem Fernsehfilm über prominente Österreicher in den USA zurück und überlege auch, seine österreichischen Auszeichnungen zurückzugeben. Das veranlaßte den Obmann der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, LAbg. Hans Leinkauf, einen Offenen Brief an Direktor Bing zu richten, über den einige Tageszeitungen berichteten und der im ÖAAB-Organ FREIHEIT in vollem Wortlaut wiedergegeben wurde. Der Brief lautete:

Hochgeschätzter Herr Direktor!

Als Sohn eines allerdings vor vielen Jahren verstorbenen Musikers hörte ich mit Entsetzen Ihre Äußerungen über unser gemeinsames Vaterland. Sie sagten im Zusammenhang mit dem Urteil im Porzscharte-Prozess, daß in Österreich offensichtlich ein nazistisches Klima herrsche und Sie deswegen nicht bereit seien, an einem Fernsehfilm mitzuwirken, der derzeit in Amerika über prominente Österreicher gedreht wird.

Verstehrer Herr Direktor, ich bin sehr stolz auf meine Landsleute, die unter dem Druck nazistischer Barbarei infolge der Ereignisse des Jahres 1938 ihre Heimat verlassen mußten, in der Fremde Karriere machten und somit oft die besten Botschafter ihres Vaterlandes wurden.

Zu Ihrer Information darf ich sagen, sehr geehrter Herr Direktor, daß ich selbst wegen Hochverrats gegen den NS-Staat zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt wurde und erst mit Kriegen meine Freiheit wieder erhielt.

Und nun zu Ihrer Äußerung. Ich frage Sie, verehrter Herr Direktor: Haben Sie noch nie die Wahlergebnisse in Österreich seit 1945 gelesen bzw. zur Kenntnis genommen? Ich muß doch annehmen, daß gerade die Auslandsösterreicher, und somit auch Sie, dafür großes Interesse zeigen. Haben Sie nicht bei jedem österreichischen Wahltag, von 1945 bis 1968, mit großer Genugtuung feststellen können, daß ÖVP und SPÖ gemeinsam mehr als 90 Prozent der Wählerschaft auf sich vereinigen? Die demokratische Einstel-

Keine Rede von 100.000 S

Eine völlig sinnlose „Spendenaktion“ aufgedeckt

Einer wenig seriösen Spekulation mit der Opferbereitschaft der Österreicher für vom Schicksal schwer benachteiligte Mitmenschen kam kürzlich der Obmann der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, LAbg. Hans Leinkauf, auf die Spur. LAbg. Leinkauf hatte in dem SPÖ-nahen „Express“ gelesen, daß ein kleines Mädchen aus Oberösterreich noch in diesem Jahr sterben müsse, wenn zur Behandlung seiner schweren Erkrankung nicht innerhalb kurzer Zeit 100.000 Schilling aufgebracht werden. Von dem Umstand, daß in unserer Wohlstandsgesellschaft ein Kind wegen des Fehls von 100.000 Schilling sterben müsse, erschüttert, versuchte LAbg. Leinkauf, die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände für eine Hilfsaktion zugunsten dieses Kindes zu gewinnen. Die Arbeitsgemeinschaft stimmte zu, die in ihr vertretenen Organisationen wollten selbst einen Betrag spenden, ein Postsparkassenkonto eröffnen und an die Bevölkerung einen Spendenaufruf richten.

Als sich jedoch LAbg. Leinkauf mit dem im Express genannten Gemeindevorstand in Verbindung setzte, mußte er erfahren, daß dieser das Kind schon viele Wochen nicht gesehen hatte, da es sich in der Landesheil- und Pflegeanstalt in Linz befindet. Dort erklärte der Direktor der Anstalt dem LAbg. Leinkauf, daß für das Kind, das seit der Geburt debil ist, alles geschehe, jedoch keine Rede davon sein könne, daß es 1969 sterben werde und für seine Behandlung 100.000 Schilling erforder-

lich seien. Man könne freilich nicht sagen, wie die Krankheit verlaufen werde, aber es werde alles getan, um dem Kind zu helfen.

Der Direktor der Anstalt teilte auch mit, daß das sozialistische Linzer Tagblatt schon vor Wochen eine Spendenaktion für das kranke Kind eingeleitet habe und nun nicht wisse, was es mit dem Geld machen solle.

Zu diesem Fall ist zu sagen, daß es selbstverständlich war, vor dem Start einer Hilfsaktion genaue Informationen einzuholen, um den Spendern die Gewißheit geben zu können, daß ihre Beiträge auch tatsächlich benötigt und für eine gerechtfertigte Sache verwendet werden, aber auch, um dem Gebot einer sorgsam Verwendung der Mittel der KZ-Verbände zu entsprechen.

Es muß hingegen als tief bedauerlich bezeichnet werden, daß die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung durch falsche und oberflächliche Zeitungsmeldungen mißbraucht und irreführend wird. Das ist vor allem deshalb bedauerlich, weil damit die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung zerstört wird und darunter dann unter Umständen jene zu leiden haben, die diese Hilfsbereitschaft tatsächlich dringend benötigen würden.

Unsere Leser jedenfalls können wissen: Wenn sich unser Verband und sein Obmann einmal an sie mit einem Hilferuf wenden, ist vorher genau überprüft, daß der Empfänger ihrer Spenden tatsächlich bedürftig und würdig ist.

lung dieser beiden großen und staatsstragenden Parteien dürfte doch wohl von niemandem, sowohl im Inland als auch im Ausland, und somit auch von Ihnen, sehr geehrter Herr Direktor, angezweifelt werden. Haben wir Österreicher nicht bewiesen, daß wir die Demokratie schätzen, und wenn Sie wollen, auch lieben gelernt haben? Ich traue mich sogar zu sagen, daß wir in dieser kurzen Zeit von nur 24 Jahren — was sind schon 24 Jahre in der Geschichte eines Landes? — ein demokratisches Vorbild für manche andere Länder geworden sind. Sie mögen recht haben in der Annahme, daß es dort und da noch nazistische Umlriebe gibt. Unreife Menschen wird es überall und zu jeder Zeit geben, oder wollen Sie sagen, daß Dr. Burger und Genossen die Repräsentanten unseres Österreich sind? Doch wohl kaum, und ich bin überzeugt, wir sind hier einer Meinung.

Sie sagten, Sie seien empört, daß österreichische Nazi, die auf der Porroscharte vier Italiener ermordeten, zu so milden Strafen von nur acht Jahren verurteilt wurden. Ob die Täter Nazi waren, weiß ich nicht. Wir haben Gottseidank in Österreich weder eine erlaubte noch eine illegale Nazipartei. Ich weiß aber, daß es unreife Elemente waren, die keine Milde verdienen. Ob die Strafen zu milde waren, möchte ich nicht beurteilen. Sie, sehr geehrter Herr Direktor, sind ein weltbekannter Künstler, ich ein kleiner österreichischer Geschäftsmann, der sich aus innerster Überzeugung mit der österreichischen Politik befaßt und damit seinem Land dienen will. Wir beide sind keine Juristen, überlassen wir die Beurteilung solcher verabscheuungswürdiger Verbrechen unseren in der ganzen Welt anerkannten Richtern und Staatsanwälten, die nicht nach Gefühlen, sondern nach Recht und Gesetz zu urteilen haben.

Sie, sehr geehrter Herr Direktor, möchte ich aber bitten, revidieren Sie Ihre Meinung über unser gemeinsames Vaterland, das wir schon einmal verloren haben und nur unter großen Opfern wieder eroberten. Besuchen Sie öfters dieses Österreich, und ich versichere Ihnen, Sie werden keine Nazi finden, vielleicht dort und da großdeutsches Gedankengut, aber auch dessen Vertreter sind im Aussterben. Die große Masse unserer Landsleute, besonders die Jugend, steht aber im Lager der großen Parteien und bekennt sich zur Unabhängigkeit, zur Freiheit, zur bedingungslosen Demokratie, zu Österreich.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Direktor, den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung!

LAbg. Hans Leinkauf

Bundesobmann der ÖVP-Kameraltschaft der politisch Verfolgten

In den „Monographien zur Zeitgeschichte“ des Europa-Verlages Wien veröffentlichte Christine Klusacek eine Darstellung der österreichischen Freiheitsbewegung, der wir den folgenden Abschnitt entnehmen.

Die Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus hatte verschiedene Formen und Gesichter. Die erste größere Gruppe in bürgerlichen Kreisen war die Organisation, die sich den Namen Österreichische Freiheitsbewegung (ÖFB) gab. In der Öffentlichkeit wurde sie nach dem Krieg als „Scholz-Gruppe“ bekannt, wie sie nach einer zentralen Persönlichkeit der Organisation, Roman Karl Scholz, genannt wurde.

Bereits im Mai 1938 reifte in dem Klosterneuburger Ordensgeistlichen Roman Karl Scholz und seinem Freund Dr. Viktor Reimann der Gedanke, daß man etwas gegen den Nationalsozialismus unternehmen müsse. Im Herbst war es dann soweit. Die beiden Männer gründeten die Deutsche Freiheitsbewegung. Sie nahmen sich gegenseitig den heiligen Eid ab, der später auch von allen anderen Mitgliedern der ÖFB geleistet wurde:

Ich schwöre Meine heiligsten Eid, der alle anderen Eide bricht, daß ich der Sache der Deutschen Freiheitsbewegung mit dem Einsatz aller meiner Kräfte dienen, ihrer Führung unbedingten Gehorsam leisten und ihr Geheimnis jederzeit und vor jedermann wahren werde. Gott ist der Zeuge und Rächer meines Eides.

Die damaligen Gründungsgedanken wiesen folgendem Weg: Es sollte auf alle Fälle mit deutschen Widerstandsgruppen Kontakt aufgenommen werden, um dann entweder in einer solchen Gruppe mitzuarbeiten oder die Zusammenfassung und einheitliche Führung der Gruppen von Wien aus zu organisieren.

Roman Karl Scholz hat sich infolge seines umfassenden Wissens und seiner literarischen Begabung viele Freunde geschaffen, vor allem in seinen Schülern. Da der Religionsunterricht während der Zeit des Nationalsozialismus stark eingeschränkt war, führte Scholz im Klosterneuburger Stift Bibelstunden ein. Bald erkannten die Studenten in ihrem Lehrer Scholz nicht nur die faszinierende Persönlichkeit, sondern auch den Führer gegen den Nationalsozialismus. Es war eine geistige Auslese, die sich Scholz angeschlossen hatte: Gerade darauf legte er großen Wert.

Die Studenten suchten bereits aus einer Möglichkeit, ihren Protest gegen das

Naziregime kundzutun. Dies bewies allein die Tatsache, daß die Mittelschüler Herbert Cramer, Otto Mraz und Kurt Schiefer im Herbst 1938 ein Freikorpsschleiflein St. Leopold gründeten.

Bald waren es ein paar Dutzend Leute, die Scholz um sich sammelte. Alle — auch die Studenten — wußten, daß ihre Zugehörigkeit zur Deutschen Freiheitsbewegung eine Kampfansage gegen das NS-Regime war.

Im Laufe des Jahres 1939 hat Scholz zu verschiedenen Personen Kontakt aufgenommen, so zu Dr. Hans Zimmerl und Gerhard Fischer-Ledenice, Dr. Zimmerl wurde sofort in die Leitung aufgenommen, während Fischer-Ledenice Reibenhführer wurde.

Durch den Burgschauspieler Fritz Lehmann, den Scholz von Klosterneuburg her kannte, wurde auch mit anderen Angehörigen des Burghtheaters Kontakt aufgenommen; unter ihnen war Otto Hartmann. Hartmann erwies sich als ein sehr eifriger Mitarbeiter und kam deshalb in kürzester Zeit in die Leitung.

Die Frauengruppe war erst im Aufbau. Als Leiterin dieser Gruppe war Luise Kanitz vorgesehen, eine junge Frau, die mit Begeisterung bei der Sache war und auf die sich Scholz verlassen konnte. Die Aufgabe der Frauengruppe wäre es gewesen, durch Schulungen, die meistens Heitschel-Heinegg durchführte, den Frauen ideologischen Rüstzeug mitzugeben, damit sie in ihrem Bekanntenkreis aufklärend wirken konnten.

Im August 1939 fuhr Scholz auf Grund einer Einladung nach England. Dies war ihm sehr willkommen, denn so konnte er mit gewissen Stellen in England Fühlung aufnehmen und diese auf die Deutsche Freiheitsbewegung aufmerksam machen. Doch es kam anders, als er sich dies vorgestellt hatte. Am 1. September 1939 begann der Krieg, und Scholz fuhr sofort heim, zur Überraschung seiner Freunde in der „Ostmark“, die nicht mit seiner Rückkehr gerechnet hatten.

Nicht nur die Kriegserklärung erbitterte Scholz, sondern auch die schändliche Behandlung, die den Österreichern zuteil wurde. In dem gebürtigen Süddeutschen regte sich der Patriotismus für seine Wahlheimat Österreich. Um die Jahreswende 1939/1940 wurde die Deutsche Freiheitsbewegung in Österreichische Freiheitsbewegung (ÖFB) umbenannt.

Bis Anfang 1940 setzte sich die ÖFB nur ideologisch mit dem Nationalsozialis-

mus auseinander. Es wurden Schulungen und Vorträge vor den Dreierschaften abgehalten, und zwar in Klosterneuburg meist von Dr. Reimann und Alois Hradil, in Wien von Heintschel-Heinegg. Das Programm der Schulungen wurde zuerst mit Scholz durchbesprochen. Als Unterlagen dienten verschiedene Schriften, die im nationalsozialistischen Deutschland verboten waren. Scholz und die Studentin Bodenstein hielten diese Schriften aus der Schweiz. Aber es wurde auch Hitlers Mein Kampf und Rosenbergs Mythos des 20. Jahrhunderts diskutiert. Diese Schulungen und Vorträge fanden in den Wohnungen von Dr. Zimmerl, Fischer-Ledenice und Heintschel-Heinegg, aber auch in den Rathausparks von Klosterneuburg und Wien statt.

Die ÖFB bekannte sich nicht zu einer bestimmten Staatsform, sondern lediglich zu vier Grundprinzipien:

- Freiheit des Glaubens,
- Freiheit der Meinungsäußerung,
- Freiheit von Not,
- Freiheit von Furcht.

Als die ÖFB noch Deutsche Freiheitsbewegung hieß, hatte man die Idee vor Augen — und in diesem Zusammenhang glaubten einzelne Mitglieder der Gruppe, daß Scholz nach München Verbindung hatte —, daß Bayern und Österreich einen süddeutschen Staat bilden sollten. Ab Herbst 1939 beschränkte Scholz die Ausrichtung der Gruppe auf Österreich. Offenbar waren es die Tilgung des Wortes „Österreich“ und die allgemeine Ablehnung der preußisch-deutschen Eindringlinge, die Scholz veranlaßten, sich zu einer Änderung seiner Haltung durchzuringen.

Scholz' Idee war es, die Organisation möglichst weit auszubauen, viele Leute zu gewinnen und sie ideologisch auszurichten, um damit aufklärend zu wirken. Er selbst sagte, Waffenausbildung bekomme ohnehin jeder beim Militär.

Kaplan Ignaz Kühmayer, ein Freund von Scholz, war ein begeisterter Fotoamateur. Scholz wandte sich an ihn mit der Frage, ob er bereit wäre, bei der ÖFB mitzuarbeiten. Als sich Kühmayer bereit erklärte, gab ihm Scholz den Auftrag, Legitimationen auf phototechnischem Weg auf die Größe von Briefmarken zu verkleinern. Die Legitimationen waren in englischer und französischer Sprache abgefaßt. Die englische Übersetzung besorgte Scholz selbst, die französische machte die Studentin Hedwig Bodenstein.

Der Text dieser Legitimation lautete:

Der Inhaber dieses Ausweises ist

Mitglied der Österreichischen Freiheitsbewegung. Die alliierten Behörden werden gebeten, ihn besonders zu behandeln und zu verwenden.

Wien 1940

Der Präsident des Exekutivkomitees Gerhard Fischer-Ledenice hatte die Verteilung dieser Legitimationen übernommen. Sie wurden an die einrückenden Mitglieder ausgegeben, und diese nahmen sich die winzigen Ausweise in die Uniform ein, um sie bei eventueller Gefangenschaft vorzuweisen. Zirkä 20 bis 20 Stück hatte Kaplan Kühmayer hergestellt.

Im Frühjahr 1940 mußte die Mehrzahl der ÖFB-Mitglieder einrücken, da es sich

ja hauptsächlich um jüngere Leute handelte.

Scholz beschränkte seine Tätigkeit aber nicht nur auf das Inland, sondern er nahm auch mit dem Ausland Verbindung auf.

Als er im Sommer 1939 nach England fuhr, war der Sinn und Zweck der Reise eindeutig, doch inwieweit er tatsächlich Verbindungen aufgenommen hat, weiß man nicht. Gerüchten zufolge suchte er auch in Frankreich Verbindungen. Zur Bekräftigung dieser Gerüchte gibt es nur ein französisches Empfehlungsschreiben des damaligen Propägen zu Klosterneuburg, Alpius Josef Linda, vom 6. August 1939.

LANDESVERBAND KÄRNTEN

Neuer Landesobmann

Vor den Weihnachtstagen hielt der Landesverband Kärnten der ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten seine Jahreshauptversammlung ab. Der seit dem Tode des Landesverbandsobmannes Senatsrat Dr. Thomas Weiß im Juni die Geschäfte führende stellvertretende Landesobmann Alt-Nationalrat Direktor Gottfried Wunder gedachte aller verstorbenen Mitglieder und nannte dabei die Kameraden Hofrat Dr. Endres, langjähriger Landesverbandsdirektor, Hofrat Karl Ferner, Direktor der Höheren Technischen Lehranstalt und Schuldirektor i. R. Oberachthal Viktor Polzer und dankte ihnen für ihre Treue und für ihr mutiges Bekenntnis zu Österreich. Besonders schmerzlich erfüllte es alle, daß der seit 15 Jahren an der Spitze des Verbandes stehende Landesobmann Senatsrat Dr. Thomas Weiß, der soviel für die Mitglieder, die zu ihm kamen, getan hat und der für seine österreichische Gesinnung soviel Leid auf sich nehmen mußte, seit 2. Juni dieses Jahres nicht mehr unter uns ist.

Sodann erstattete der Vorsitzende einen kurzen Tätigkeitsbericht für das abgelaufene Jahr. Wir wollen nicht nur unseren Freunden helfen, sagte Wunder, wir wollen die bescheidenen materiellen Errungenschaften erhalten und wo es möglich ist, verbessern. Wir wollen aber auch an unsere ideelle Aufgabe denken und eine verschworene geistige Gemeinschaft von treuen Österreichern sein und bleiben.

Der Vorsitzendstellvertreter Regierungsrat Ing. Josef Jaritz erstattete dann den Kassenbericht, der vom Rechnungs-

prüfer ergänzt wurde und die Entlastung brachte.

In der Neuwahl wurde auf Vorschlag von Altnationalrat Wunder einstimmig Kriminaloberleutnant Pugnanz Ferdinand zum neuen Landesverbandsobmann gewählt, zu seinen Stellvertretern Alt-Nationalrat Dr. Wunder und Reg.-Rat Ing. Jaritz. In den Landesvorstand wurden weiters gewählt: Landesinnungsmeister Leopold Belladi, Villach, Frau Prof. Dr. Martha Polzer, Regierungsrat Alfred Salomon, Winkl. Amrat Thomas Bürger, Hofrat Dr. Carl Th. Sweceny, Erich Goldarbeiter, ferner Bezirkshauptmann Hofrat Dr. Arthur Trattler, Gend.-Obstlt. Josef Kreuzberger, Leopold Gabernig und Sanatoriumsleiter Dr. med. Georg Lexner. In die Kontrolle wurden gewählt: Regierungsrat Hans Skoriama, Dr. Hans Pioder, Gend.-Bezirksinsp. Matthias Bürger und Hermann Grillenhofer.

Eine Reihe von Anträgen wurde in einer Resolution zusammengefaßt, die vom Kuratorium den zuständigen Ministern zugeleitet werden soll. Sie fordert Verbesserungen der Opferfürsorgegesetzgebung. Der anschließende Kameradschaftsabend, musikalisch umrahmt, diente auch der finanziellen Unterstützung bedürftiger Mitglieder. Alt-Nationalrat Dr. Wunder hielt einen Nachruf für den langjährigen verdienstvollen Obmann Senatsrat Dr. Weiß, eine Kameradin hielt eine sinnvolle vorweihnachtliche Ansprache.

Der neugewählte Landesverbandsobmann Kriminaloberleutnant Pugnanz hat alle Mitarbeiter um Unterstützung in der künftigen Arbeit.

NEON-GEISSLER

Hugo Geissler & Co.

Fabrik für Lichtbau und Werbetechnik

III10 Wien, Dampfmühlgasse 6—8

Tel. 74 14 37, 74 14 38

*Institut
B. M. V.
der
Englischen
Fräulein*

Krems a. d. Donau. Hoher Markt 1

Rheuma

Kinderlähmung

Ganzjährig geöffnet

Rheuma-Heilbad

Bad Schallerbach

Bad Schlierbach



Baugesellschaft

Dipl.-Ing.

Hermann Lauggas

Ges. m. b. H.

Eisenstadt, Hyrtlplatz 1

Telefon 313

Freytag-Berndt und Artaria KG.

KARTOGRAPHISCHE ANSTALT

Schottenfeldgasse 62

1070 Wien

DIE ZUCKERFABRIKEN ÖSTERREICHS

BRUCKER ZUCKERFABRIK

Gesellschaft m. b. H.

1041 Wien, Theresianumgasse 23

Fabrik: 2460 Bruck a. d. Leitha, NO

ENNSER ZUCKERFABRIKS-AKTIENGESELLSCHAFT

1010 Wien, Heßgasse 6

Fabrik: 4470 Enns, OO

HOHENAUER ZUCKERFABRIK

der Brüder Strakosch

1037 Wien, Am Heumarkt 13

Fabrik: 2273 Hohenau a. d. March, NO

LEIPNIK-LUNDENBURGER ZUCKERFABRIKEN AKTIENGESELLSCHAFT

1013 Wien, Börsegasse 9

Fabriken: 2263 Dornkrut, NO, und
2285 Leopoldsdorf im Marchfeld, NO

SIEGENDORFER ZUCKERFABRIK

Conrad Potzenhofers Söhne

7012 Siegendorf/Bgld.

Fabrik: 7012 Siegendorf, Bgld.

TULLNER ZUCKERFABRIK AKTIENGESELLSCHAFT

1014 Wien, Schaufelgasse 6

Fabrik: 3430 Tulln, NO

Hotel Lothringen

Hotel ersten Ranges - Thermalbäder in jedem Stock
Günstige Pauschalkuren in der Vor- und Nachaison

Badgastein**R. Thiery**

Gasthof „Richard Löwenherz“

Dürnstein a. d. Donau, NÖ.

Hotel „Rohrbacherhof“

MARIAZELL, Hauptplatz,
gegenüber der Basilika

Haus mit allem Komfort

BAHNHOFRESTAURATION

Attnang-Puchheim. OÖ.

Inhaber: Franz Grüner

schaffler & co

Fabrik elektrischer Apparate
und elektrischer Zünder

Wien 15/105,

Sturzgasse 34

Stiftsgymnasium Admont



mit Konvikt, Studienberatung

Admont — Steiermark

BLUMEN aus WILHERING

Zyklamen, Azaleen
Gloxinien, Usambar-Veilchen
Primeln, Weihnachtsbegonien
Weihnachtssterne
Gummibäume, Philodendron
Zimmerweine, Farne...

Ihre Fenster- und Balkonblumen, Garten-
bepflanzung und Kirchenschmuck für die
Festtage aus der

Stiftsgärtnerei Wilhering

A-4073 WILHERING

Telephon 07226/311



j. jolles studios

wiener
stick-kunst-
werkstätten
wien 7,
andreasgasse 6

Karl und Maria Prohaska

Backhendelstation erstklassige Stiftsweine
gute Küche

Gasthaus THALLERN, Hotel Südbahn

Guntramsdorf bei Mödling, Niederösterreich
Fernruf 21 16

Dr. Hans Kraus

Räder
und Transporterätefabrik

Schönbrunner Straße 1 und 2
Telefon 57 91 88, 57 37 42

Oberösterreichische Glocken- und Metallgießerei

Gesellschaft m. b. H.

St. Florian bei Linz

Kirchenglocken aus Kupfer-, Zinnbronze bis zu den größten Dimensionen
Gegossene und geschmiedete Spezialbronzen

Nickel-, Aluminium-, Manganbronzen mit bedeutenden mechanischen Werten
Präzisionsguß nach dem „C“-Verfahren aus allen Buntmetallen

Lagerweißmetalle — Lötzinn

Superiorat Mariazell
Besuchet die Gnadenbasilika
Mariazell — Steiermark

Göttweiger Kellerstüberl

Stiftseigenbauweine, herrliche Fernsicht in die Wachau, Autoparkplatz

Bestens geeignet für Gesellschaftsreisen und Betriebsausflüge

Karl Eder, Stift Göttweig, Post Furth, NÖ.

Mirimi reg. Gen. m. b. H.

Milchring Niederösterreich Mitte

St. Pölten. NÖ., Kremser Landstraße 5

**Haushaltungsschule des
Institutes
der Englischen Fräulein**

REUTTE/TIROL

OKA

Großhandel für Bau- und Industriebedarf

Karl Breyer, Wien 7, Kirchengasse 41

Telefon 93 25 41—44